

Schweiz finanziert Putsch

Das Aussendepartement von Ignazio Cassis förderte den Sturz der Regierung in Bangladesch. Die neutralitätswidrige Aktion im Interesse der USA hat mit Entwicklungshilfe nichts zu tun.

Weltwoche-Artikel (19.02.2025) von Rafael Lutz

<https://weltwoche.ch/story/schweiz-finanziert-putsch/>

Bangladesch hat 1971 in einem mehrmonatigen Krieg seine Unabhängigkeit von Pakistan erkämpft. Dabei kam der Awami League, die das Land bis 2024 regierte, eine tragende Rolle zu. 30 Prozent der Staatsstellen waren bis zuletzt für Kinder und Enkel der Freiheitshelden reserviert. Dieser moderne Feudalismus empörte viele Bürger. Im Sommer 2024 protestierten Studenten gegen die damalige Premierministerin Sheikh Hasina. Sie flüchtete nach Indien und beschuldigt bis heute die USA für ihren Sturz. Die Biden-Regierung habe sie unter Druck gesetzt, weil sie sich geweigert habe, auf der Insel St. Martins einen US-Militärstützpunkt aufzustellen.

Sicher ist, dass die USA zumindest Teile der Opposition unterstützt haben. Das belegen geleakte Dokumente, die im Internet einsehbar sind. Recherchen der Weltwoche zeigen: Auch das Schweizer Aussendepartement (EDA) finanzierte den Widerstand gegen Hasina. Die im EDA angesiedelte Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) hatte 2024 drei Projekte in Bangladesch im Wert von mehr als dreissig Millionen Franken, wovon ein guter Teil bei den aufbegehrenden Studenten landete.

Bern gibt sich ahnungslos

Federführend war Transparency International Bangladesh (TIB), der lokale Ableger der gleichnamigen NGO mit Hauptsitz in Berlin. Transparency International ist bekannt dafür, Protestbewegungen auf der ganzen Welt zu fördern, zuletzt in Georgien. TIB ist Partner der Deza beim Antikorruptionsprojekt «Pacta» und hat sich zum Ziel gesetzt, Frauen und «Randgruppen» zu «mobilisieren».

Bern hat sieben Millionen Franken in das Projekt mit Transparency International Bangladesh gesteckt.

Mobilisiert wurde im Sommer 2024 tatsächlich. Bei der sogenannten Julirevolution spielte das von der Deza alimentierte TIB eine Schlüsselrolle. Der NGO gelang es, sechs Studentenführer zu befreien, die zuvor von der Polizei festgehalten worden waren. Daraufhin wurden die Proteste zunehmend gewalttätig.

«Die Freilassung war ein Wendepunkt», sagt Iftekhar Zaman, Exekutivdirektor von TIB, gegenüber der Weltwoche. Er macht keinen Hehl daraus, dass seine Organisation gegen Hasina alle Hebel in Bewegung gesetzt hat. «TIB war die erste und einzige Organisation, die noch vor dem Sturz des früheren Regimes eine

Untersuchung der verschiedenen Formen von Gräueltaten und Ungerechtigkeiten während der Bewegung unter Leitung der Uno forderte.»

In Bern gibt man sich ahnungslos. «Das EDA hat keine Kenntnis davon, ob Mitarbeitende von NGOs, mit denen die Schweiz in Bangladesch zusammenarbeitet, an diesen Protesten teilgenommen haben», sagt Mediensprecher Pierre-Alain Eltschinger. Ungeachtet dessen hat Bern sieben Millionen Franken in das Projekt mit TIB gesteckt, das noch bis Ende 2026 läuft und deren Mitarbeiter sich als besonders aktiv im Rahmen der Proteste gegen Hasina entpuppten.

Würde die Schweiz eine Organisation akzeptieren, die gegen den Bundesrat agitiert und zum Umsturz aufruft? «Das ist eine klare Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates», sagt ein ehemaliger hochrangiger EDA-Diplomat.

Zuwendungen von USAID

TIB ist längst nicht die einzige politische Organisation in Bangladesch, die auf Gelder aus Bern zählen darf. Die Schweiz speist auch den sogenannten Civic Engagement Fund (CEF), den sie mit den USA und Kanada lanciert hat, mit vierzehn Millionen Franken. Der CEF habe die Aufgabe, die «Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit» sicherzustellen, sagt Peter Haas, der bis Sommer 2024 als US-Botschafter in Dhaka wirkte. Haas zählt zu den Hardlinern einer interventionistischen Aussenpolitik. Laut Washington Post soll er während seiner Zeit in Dhaka die Biden-Regierung aufgefordert haben, den Widerstand gegen Hasina zu verstärken.

Das EDA fördert ausserdem das Projekt «Asta», das junge Wähler «angemessen für die Stimmabgabe» schulen, «Toleranz» fördern und «Sensibilisierungskampagnen» durchführen soll. Die rund fünf Millionen Franken, die der Schweizer Steuerzahler dafür ausgibt, fliessen in NGOs, die fast alle von Zuwendungen der US-Entwicklungsbehörde USAID profitieren. USAID ist bekannt dafür, ihre Beiträge nach amerikanischen Sicherheitsinteressen zu vergeben.

Würde die Schweiz eine Organisation akzeptieren, die gegen den Bundesrat agitiert und zum Umsturz aufruft?

Dazu passt das Engagement in Bangladesch. Im Wettstreit mit China ist das südasiatische für die USA von strategischer Bedeutung. Allein 2024 flossen mehr als 390 Millionen Dollar aus Washington nach Dhaka. Mike Benz, ehemaliger Beamter des US-Aussenministeriums, erklärte jüngst im Interview mit Tucker Carlson, USAID und weitere US-Organisationen wie das International Republican Institute (IRI) hätten Bangladesch destabilisiert. Mit der Schweizer Neutralität sind solche Aktivitäten unter keinem Titel vereinbar.

Parlament ist ausgeschaltet

Die Deza betont noch heute, in Bangladesch die Demokratie zu stärken. Doch die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache. Muhammad Yunus, Chef der Übergangsregierung in Bangladesch und langjähriger Stipendiat der «Clinton Global Initiative», steht der früheren Premierministerin Hasina in Sachen Autoritarismus nichts nach. Oppositionelle Stimmen werden aufs Härteste verfolgt, darunter viele

Medienschaffende, wie «Reporter ohne Grenzen» kritisiert. Das Parlament ist faktisch ausgeschaltet.

In Washington und Bern jedoch genießt Yunus volles Vertrauen. Bundesrat Ignazio Cassis nahm sich am diesjährigen World Economic Forum in Davos ausreichend Zeit für ein Gespräch mit dem neuen starken Mann von Dhaka. Dabei betonte der Schweizer Aussenminister, dass er sich weiterhin für die Förderung von Frieden, Stabilität und Entwicklung in der Region einsetzen wolle.

Mit Yunus' Vorgängerin Hasina traf sich der EDA-Chef seit seinem Amtsantritt im Jahr 2017 kein einziges Mal. Eigentlich erstaunlich: Denn das Handelsvolumen mit Bangladesch hat sich unter Hasinas Führung seit 2010 mehr als verdreifacht und 2021 erstmals die Grenze von einer Milliarde Franken überschritten.